

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Parteien</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Uruguay</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Rinderknecht, Matthias

## Bevorzugte Zitierweise

Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Uruguay, 1993*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Grosse Parteien	1

# Abkürzungsverzeichnis

<b>EWR</b>	Europäischer Wirtschaftsraum
<b>GATT</b>	General Agreement on Tariffs and Trade

---

<b>EEE</b>	l'Espace économique européen
<b>GATT</b>	General Agreement on Tariffs and Trade

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 24.04.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die FDP machte sich im Berichtsjahr schon vor den letzten Verhandlungsrunden der GATT-Verträge im Rahmen der Uruguay-Runde stark für eine **breite Unterstützung des Vertragswerks**. Ihrer Ansicht nach könnte die Ablehnung der GATT-Verträge in einer Volksabstimmung sehr viel **tiefgreifendere Folgen** für die schweizerische Wirtschaft haben, als die Verwerfung des EWR-Vertrags. In ihrem Positionspapier betonte die Partei aber auch, dass neben dem freien Welthandel eine **aktive Menschenrechtspolitik** auf internationaler Ebene realisiert werden müsse. Im übrigen dürfen in ihren Augen auch die **globalen Umweltprobleme**, die durch ein Anwachsen des Welthandels verschärft werden könnten, nicht in Vergessenheit geraten.<sup>1</sup>

---

1) Freisinn FDP (1993) Nr. 5, S. 6 f.; NZZ und BZ vom 24.4.93; Politische Rundschau, 72/1993, Nr. 1